

Missbrauchsopfer kritisieren Bischof

Die Betroffeneninitiative Missbit wirft Bischof Stephan Ackermann Ignoranz und Passivität vor. Das Bistum weist die Vorwürfe zurück.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Neue Misstöne zwischen der Betroffeneninitiative der Missbrauchsopfer im Bistum Trier (Missbit) und Bischof Stephan Ackermann: Die Initiative wirft dem kirchlichen Missbrauchsbeauftragten Ignoranz und Passivität bei der Aufarbeitung des Themas in seiner Diözese vor. „Warum gibt es auch ein Jahr nach Veröffentlichung der sogenannten MHG-Studie noch keine unabhängige Studie über den Missbrauch im Verantwortungsbereich des Bistums“, heißt es in einer von 17 Missbrauchsopfern und Unterstützern unterzeichneten Stellungnahme.

Nach Ansicht der Missbit-Mitglieder hätte Ackermann als Missbrauchsbeauftragter eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Stattdessen hinkte Trier hinterher, während andere Bistümer wie Mainz, Limburg oder Köln vorangegangen seien und die zentrale Forderung der MHG-Studie bereits umgesetzt hätten.

Die im vergangenen Herbst veröffentlichte Studie dokumentiert den jahrzehntelangen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in der Katholischen Kirche. So sollen zwischen 1946 und 2014 mindestens 3677 meist männliche Minderjährige von 1670 katholischen Klerikern missbraucht worden sein. Im Bistum Trier sind seit 1946 insgesamt 148 Priester wegen sexuellen Missbrauchs beschuldigt worden. Betroffen waren 442 Opfer, davon 252 männlich.

„Wir sehen uns abermals getäuscht und in die Irre geführt.“

Thomas Schnitzler
Sprecher der Opferinitiative Missbit



Der Trierer Bischof Stephan Ackermann ist seit neun Jahren Missbrauchsbeauftragter der Katholischen Kirche. In seinem Heimatbistum wurde er von Betroffenen immer wieder kritisiert.

FOTO: DPA

Für Missbit belegt die älteste deutsche Diözese damit hinter Münster (450 Betroffene) und gleichauf mit Freiburg einen traurigen Spitzenplatz. Auch bei der Zahl der beschuldigten Priester stehe Trier neben Freiburg (190) und München/Freising (174) mit an der Spitze.

Die Tatsache, dass ständig neue Fälle von sexuellen Übergriffen durch Kleriker bekannt würden, dokumentiere die Ineffizienz der Präventionsfachstelle des Bistums, so Missbit-Sprecher Thomas Schnitzler.

Eine Sprecherin des Bistums

wies auf Anfrage unserer Zeitung die Vorwürfe zurück. Präventionsarbeit könne leider nicht dazu führen, dass sexualisierte Gewalt völlig verhindert werde, sagte Kömmunikationschefin Judith Rupp: „Präventionsarbeit kann aber die Wahrscheinlichkeit senken. Und das tut sie.“ Das Bistum werde die Präventionsmaßnahmen daher fortsetzen und kontinuierlich verbessern.

Bei der unabhängigen Aufarbeitung des Missbrauchs im Bistum Trier will sich Bischof Stephan Ackermann nach Angaben seiner Sprecherin an die Kriterien und Standards halten, die mit dem Beauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, vereinbart würden. Diese sollen Ende des Jah-

res vorliegen. Daher sei auch derzeit noch keine Studie in Auftrag gegeben worden. Der Bischof habe aber zugesagt, dass die Betroffenen bei der Aufarbeitung mitarbeiten könnten, so die Sprecherin.

Die Aussagen Judith Rups decken sich im Wesentlichen mit Angaben Stephan Ackermanns, die dieser im Juli bei einem Gespräch mit Vertretern der Opferinitiative gemacht hatte. Damals kündigte der Bischof die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission Aufarbeitung des Missbrauchsskandals in seinem Bistum an.

Das Gremium soll danach auch eine mögliche Mitverantwortung von leitenden Priestern oder Bischöfen bei der Vertuschung von Miss-

EXTRA

Reformkritiker hoffen auf Beistand aus Rom

Nachdem Triers Bischof Stephan Ackermann diese Woche das sogenannte Umsetzungsgesetz für die neuen Großpfarreien erlassen hat, will die bistumskritische Initiative Kirchengemeinde vor Ort jetzt rechtliche Schritte gegen das Gesetz ergreifen. Die Klage sei vorbereitet, spätestens Ende nächster Woche werde sie in Rom eingereicht, kündigte Initiativensprecher Harald Cronauer im Gespräch mit unserer Zeitung an. „Wir hätten das gerne im Dialog gelöst“, sagte Cronauer, aber der Bischof habe die letzten Warnung nicht ernst genommen. Der Sprecher verteidigte noch einmal die von der Initiative in Auftrag gegebene Umfrage, laut der ein Großteil der Gläubigen im Bistum Trier die neuen Großpfarreien ablehnt. „Die Umfrage war seriös und repräsentativ“, wies Harald Cronauer die von Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg geäußerte Kritik zurück. (sey)

brauchstaten thematisieren und bewerten.

Bei dem Treffen in Trier wurde auch über großzügigere Schadenersatzzahlungen für die Opfer gesprochen, die im Durchschnitt nur rund 5000 Euro erhalten haben. Weil es drei Monate später immer noch keine konkreten Reformbeschlüsse der Bischöfe gibt, fühlen sich die Missbit-Betroffenen „abermals getäuscht und in die Irre geführt“. Die Ankündigungen Ackermanns hätten sich besonders in diesem Punkte als trügerisch erwiesen, heißt es in der Stellungnahme der Initiative.

Beim Bistum verweist man darauf, dass Details einer neuen Entschädigungsregelung erst noch geklärt werden müssten.